

b+k Berichte und Kommentare

2/2024

öffentlich & deutlich

- Das Klimaschutzgesetz der ELKB
- Missbrauch in der Kirche
- Antisemitismus
- § 218 – die Debatte geht weiter
- Quo vadis, Europa?
- Zur Mitarbeit im Kirchenvorstand
- „Kirche in der Problemtrance“
- Generation Z
- Zurück zur Männerkirche?

fromm & politisch kritisch & solidarisch

**Arbeitskreis
Evangelische
Erneuerung**



- 3 Editorial
- 4 Ambitioniert und dem Ernst der Lage angemessen – Das Klimaschutzgesetz / Wolfgang Schürger
- 6 Bewertungen des Klimaschutzgesetzes / MdL Martin Stümpfig und Elke Zimmermann
- 9 Zur Aufgabe der Kirche in der Missbrauchsdebatte / Pfarrer Günther Barth
- 11 Antisemitismus: Ein selbstkritischer Blick auf unsere Kirche / Stephan Philipp
- 13 Antisemitismus von links / Lutz Taubert
- 15 Israel ignoriert internationales Recht – Die Deutsch-Israelin Shelly Steinberg sprach in der Lorenzkirche in Nürnberg
- 18 Gedanken zur Indikationen-Frage im Rahmen des Strafgesetzes in Europa / Martin Kleineidam
- 21 Quo vadis, Europa? EU-Wahl: Düstere Analyse und hoffnungsvoller Ausblick / Lutz Taubert
- 23 Selbstwirksamkeit erfahren – Mitarbeit im Kirchenvorstand muss keine Last sein / Johannes Herold
- 25 „Kirche in der Problemtrance“ – Zwischenruf aus der Peripherie der Peripherie / Volker Pröbst
- 29 Generation Z – Der Nachwuchs tickt anders / HG Koch
- 30 Generation Z – Enorme Lasten geerbt: Eine persönliche Stellungnahme / Fee, Marie und Paul Kleineidam
- 32 Zurück zur Männerkirche? Mit einer plakativen Aktion wirbt eine Gruppe kirchlicher Mitarbeiterinnen für mehr Gleichberechtigung in der Kirchenleitung / Tia Pelz
- 34 AEE intern – Geschäftsführer:in gesucht
- 35 Namen und Adressen
- 36 Das Letzte

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,
was erwartet Sie in
diesem Heft?

Der Klimawandel be-
trifft uns alle. Die
Landessynode hat
ihn jetzt als Thema
aufgegriffen und ein
Klimaschutzgesetz
beschlossen.

Die Schöpfung Gottes
muss geschützt wer-
den, und wir müssen
uns alle daran erin-
nern, wie toll und
einzigartig unsere
Natur und Welt sind.

Das Thema „Antisemitismus“ wird wieder
viel lauter und braucht eine neue Auf-
merksamkeit in Gesellschaft und Kirche.
Stephan Philipp schaut selbstkritisch auf
die Kirche und auf einen in ihr immer
noch anzutreffenden, oft übersehenen
Antisemitismus.

Vor einem Missbrauch des Begriffs warn-
te aber die Jüdin Shelly Steinberg bei
einer Veranstaltung in Nürnberg. Kritik an
der Politik Israels habe mit Antisemitis-
mus nichts zu tun. Ihre Rede in St. Lorenz
können Sie auf Seite 15 nachlesen.

Dieses Jahr sind wieder Kirchenvorstands-
wahlen, und es wird gerade wieder die
Werbetrommel in vielen Gemeinden ge-
dreht um neue Kandidat*innen zu ge-
winnen. In manchen Gemeinden ist es
schwierig, überhaupt einen Wahlvorschlag

Breaking News: Jahrestagung 2024

Wo sind die Frauen in der Kirchenleitung?

Viele Fragen werden gestellt, und wir
machen uns auf die Suche nach Antworten.

Vortrag: **Dr. Constanze Pott**

Fishbowl-Diskussion

mit verschiedenen Referent:innen
und dem Publikum

Freitag, 11.10.2024

19:00 Uhr

Haus Eckstein, Nürnberg

Ab 18:00

Mitgliederversammlung des AEE

aufzustellen – aber
warum ist das so?
Was benötigen Ehren-
amtliche, um durch-
zuhalten?

Johannes Herold be-
richtet aus seiner Ge-
meinde in Selb.

Generation Z – wer
oder was ist das? Das
sind die Menschen,
die 1995 bis 2005 ge-
boren sind, und diese
„ticken“ anders. Sie
haben andere Vorstel-
lungen und Wünsche,
aber auch andere
Ängste und Belastun-

gen. Vielleicht müssen diese viel ernster
genommen werden. Eine persönliche
Stellungnahme von drei jungen Erwach-
senen zeigt, was ihnen wichtig ist.

Mit der Aktion „Countdown-Box“ haben
kirchliche Mitarbeiterinnen die jüngsten
Stellenbesetzung in der ELKB kritisiert.
Sie fordern, den Landeskirchenrat pari-
tätisch mit Frauen und Männern zu be-
setzen. Tia Pelz setzt sich sehr intensiv
mit dem Thema der Gleichberechtigung
in der Kirchenleitung auseinander.

Die AEE-Jahrestagung am 11. Oktober
widmet sich diesem Thema auch (siehe
oben).

Gottes Segen für Sie und bleiben Sie be-
hütet!

Ihre Franzi Maisel

Ambitioniert und dem Ernst der Lage angemessen

Die Landessynode beschließt das Klimaschutzgesetz*

Am 25. April hat die Landessynode einstimmig mit einer Enthaltung ein Klimaschutzgesetz (KliSchG) für die ELKB verabschiedet. Mit dem Gesetz folgt die Landeskirche der Richtlinie der EKD zur Erreichung der Netto-Treibhausgasneutralität. Klimaschutz war für die 1.530 Gemeinden und die kirchlichen Einrichtungen bislang freiwillig. Das Gesetz, das am 1. Juli 2024 in Kraft tritt, erhebt ihn nun zur Pflicht. Das sind die Eckdaten:

REDUKTION UM 90 PROZENT BIS 2035

Bis zum Jahr 2035 müssen alle kirchlichen Einrichtungen, Gemeinden und Dekanate ihre Treibhausgas (THG)-Emissionen um 90 Prozent senken. Als Vergleichswert gilt dabei der Ausstoß, der zum Stichtag 1. Januar 2023 ermittelt wurde.

KLIMANEUTRAL BIS 2045

Von 2035 bis 2045 müssen die kirchlichen Rechtsträger ihre Emissionen jedes Jahr um einen weiteren Prozentpunkt drücken, sodass mit Ende des Jahres 2045 Netto-Treibhausgasneutralität gewährleistet ist.

* Dieser Beitrag ist zuerst im Umweltmagazin der ELKB erschienen. Wir übernehmen ihn mit freundlicher Genehmigung des Autors Wolfgang Schürger, Referent für Umwelt- und Klimaverantwortung der ELKB.

FAHRPLAN

Um Reduktionsziele zu erreichen, flankiert ein „Klimaschutzfahrplan“ das Gesetz. Dieser Maßnahmenplan soll regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Dafür reicht unter bestimmten Voraussetzungen ein Beschluss des Landeskirchenrats und des Landessynodalausschusses.

VERBOT FOSSILER HEIZUNGEN

Paragraf 5 des KliSchG schreibt fest, dass auf den Einbau neuer Heizungsanlagen mit fossilen Brennstoffen oder den Anschluss an Versorgungsnetze auf fossiler Grundlage „zu verzichten“ ist. Zulässig sind per Gesetz ausschließlich klimaverträgliche Technologien „nach dem jeweils aktuellen Stand der Technik“, wie derzeit Wärmepumpen, Solarthermie und Fernwärme aus erneuerbarer Energie. Alle fossilen Heizungen müssen bis spätestens 31. Dezember 2045 ausgetauscht sein.

NATURSTROM

Elektrische Energie soll künftig nur noch aus erneuerbaren Quellen stammen, und zwar am besten sofort: „Bestehende Stromlieferungsverträge sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt entsprechend umzustellen“, heißt es im Gesetz.



MOBILITÄT

Dienstreisen müssen künftig mit der Bahn, den Öffis, dem Rad oder dem E-Auto zurückgelegt werden. Inlands- und Kurzstreckenflüge – darunter fällt laut Flugstreckerverordnung der EU jede Distanz bis 1.500 Kilometer – sind von Haus aus tabu. Um Emissionen bei der Mobilität einzusparen, dient per Gesetz auch mobiles Arbeiten.

EINKAUF

Im Einkauf bekommen ökologisch zertifizierte Produkte und solche aus regionalem oder fairem Handel den Vorzug. Tierische Produkte sollen „grundsätzlich“ aus einer Haltung mit „möglichst hoher Stufe des Tierwohls“ stammen. Eine fleischlose Alternative ist bei Gemeinschaftsverpflegung künftig Pflicht.

MONITORING

Alle Gemeinden und Einrichtungen müssen ihre Energiedaten erfassen. Die jährliche Treibhausgasbilanz ist dann verpflichtender Teil des Jahresabschlusses. Klimaschutz in der Landeskirche ist künftig „Querschnittsaufgabe“ der zuständigen Referate im Landeskirchenamt. Sie

überwachen die Entwicklung anhand der erfassten Daten und passen gegebenenfalls die Maßnahmen des „Klimaschutzfahrplans“ an.

FINANZIERUNG

Investitionen werden von der Landeskirche künftig nur noch gefördert, wenn die Baumaßnahmen erstens nicht gegen die Ziele des Klimaschutzgesetzes verstoßen und zweitens Gebäude betreffen, die einem Immobilienkonzept zufolge über das Jahr 2035 hinaus erhalten bleiben. Diese Strategiekonzepte müssen die kirchlichen Rechtsträger bis 31. Dezember 2025 fertigstellen.

AUSNAHMEN

Ob Heizung oder Dienstreise: Von den Gesetzesvorgaben „kann in besonders begründeten Fällen“ abgewichen werden.

Stefan Blumtritt, thematisch zuständiger Oberkirchenrat für die Umwelt- und Klimarbeit, betonte während des Thementages Klimaschutz, der dem Beschluss vorausging, dass es sich um ein „ambitioniertes, aber auch dem Ernst der Lage angemessenes“ Klimaschutzgesetz handle. Ausdrücklich dankte er den Kirchengemeinden, Einrichtungen und engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen, die seit der ersten „Klimasynode“ im Jahr 2009 (und noch länger) dazu beigetragen haben, Schöpfungsverantwortung in der ELKB konkret werden zu lassen. Mit dem Klimaschutzgesetz würde diese langjährige Arbeit gewürdigt und ihre zukünftige Unterstützung durch die Verwaltung verbessert.

Harald Kunstmann, Professor für Regionales Klima und Hydrologie an der Uni Augsburg, machte den Synodalen in seinem Vortrag deutlich, dass jede Tonne CO₂ zählt: Die kumulativen Emissionen seien entscheidend, da CO₂ sehr lange in der Atmosphäre verbleibt. 0,1 Grad Erderwärmung weniger bedeute, dass Millionen Menschen weniger von Wasserknappheit, Hitzetod oder Hochwasser betroffen sind. Kunstmann lobte daher das ambitionierte Ziel des Klimaschutzgesetzes und insbesondere den Klimaschutzfahrplan: „Hier haben Sie die GPS-Daten, wie Sie das Ziel erreichen.“

Für **Christof Illig**, stellvertretender Leiter des landeskirchlichen Baureferats, gilt es nun, die verschiedenen Zukunftsprozesse miteinander zu verzahnen: „An welchen Standorten können und wollen wir als kleiner werdende Kirche zukünftig mit attraktiven Gebäuden einladend präsent sein?“ Aus dem Kreis der Synodalen wurden Unterhaching und Miesbach als Beispiele bereits gelungener Konzentration genannt.

Wolfgang Schürger, Referent für Umwelt- und Klimaverantwortung der ELKB, freut sich über den einstimmigen Beschluss, weiß aber auch: „Jetzt geht die Arbeit noch einmal richtig los, wir haben in den Beratungen immer wieder gehört, dass die regionalen Gremien und Verwaltungen Beratung und Unterstüt-



zung benötigen, wie sie die Klimaschutzziele und den Klimaschutzfahrplan konkret umsetzen können.“

In bewährter referatsübergreifender Zusammenarbeit werden Landeskirchliches Baureferat, Referat für Umwelt- und Klimaverantwortung und Gemeindeferrat der ELKB unterstützt durch das Strategieteam um den neuen Planungsreferenten Matthias Hantke und durch die Gemeindeakademie, die im Herbst und Winter regionale Workshops dazu anbietet. Erklärtes Ziel: zukunftsfähiges, attraktives kirchliches Leben zu ermöglichen.

Wolfgang Schürger / epd

Ran an den Gebäudebestand

Eine Bewertung des Klimaschutzgesetzes von außerhalb der Kirche Von MdL Martin Stümpfig

Die ELKB geht mit der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes einen großen Schritt in Richtung Klimaneutralität – ich gratuliere zu dieser Entscheidung!

Besonders freut mich das konkrete Ziel, dass bis 2035 90 % der Emissionen eingespart werden müssen. Dies ist angesichts der bisherigen Emissionen (jährlich rund 75.400 Tonnen CO_{2e}) ambitioniert – aber genau die richtige Wegweisung.

Klimaschutz war bisher für die Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen freiwillig, jetzt müssen sie handeln. Anlässlich eines gemeinsamen Webinars „Erhalten, was uns erhält – Klimaschutz in den Kirchen“ am 14.12.21 mit u. a. Dr. Wolfgang Schürger, landeskirchlicher Beauftragter für Umwelt- und Klimaverantwortung, wurde mir noch mal der große Gebäudebestand der ELKB bewusst: Die Wärmeversorgung von 6500 Gebäuden der ELKB (Kirchen, Gemeindehäuser und -zentren, Pfarrhäuser mit Amt und Kindertagesstätten) verursacht den Großteil der o. a. Treibhausgas-Emissionen.

Dass hier nun gegengesteuert wird mit verpflichtender Überprüfung, Konzentration und Reduktion des Gebäudebestands, ist sehr zu loben.

Auch die nun kirchengesetzlich verankerte Pflicht zur ausschließlichen Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien und das Verbot der Nutzung von fossilen Energien zur Wärmegewinnung

bei Einbau von neuen Heizungen ist hier richtig und konsequent. Allein die Austauschpflicht für bestehende Heizungen mit Datum 2045 erscheint mir angesichts des Ziels der Reduktion um 90 % bis 2035 nicht kompatibel. Ich begrüße die weiteren Vorgaben des Gesetzes in den Bereichen Mobilität, Beschaffung und Umweltbildung. Gerade im Bereich Umweltbildung ist noch viel Luft nach oben – das fängt mit der Bildung der Kleinsten in den kirchlichen Kitas an und hört bei den Hauptamtlichen auf. Zukünftig muss dann die Zeit hierfür eingeplant werden.

Mit dem Siegel „Grüner Gockel“, einem Umweltmanagementsystem, wurde ein gutes Instrument geschaffen, mit dem niedrigschwellig Verbrauchs- und Bestandsdaten erhoben und Maßnahmen empfohlen werden können. Allerdings sind von den ca. 1500 Gemeinden in Bayern erst ca. 250 zertifiziert. Hier steckt eine Menge ehrenamtliches Engagement drin, das von der ELKB aber entsprechend unterstützt werden sollte, damit sich noch mehr Gemeinden auf den Weg machen.

Ich wünsche viel Erfolg auf Ihrem ambitionierten Weg für Klimaschutz und für die Bewahrung der Schöpfung.

*Martin Stümpfig
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag*

Jetzt gibt es keine Ausreden mehr – das Klimaschutzgesetz ist in Kraft

Wenn freiwillig nicht genügend passiert, dann hilft nur noch ein Gesetz. So ist das auch bei der Kirche. Leider haben sich seit der Einführung des Umweltsiegels „Grüner Gockel“ nur sehr wenige Gemeinden zertifizieren lassen – etwa 250. Mag sein, dass an dem ein oder anderen Ort trotzdem umweltbewusst gehandelt wird, das Ziel der Landeskirche, bis 2045 klimaneutral zu werden, muss jetzt gesteuert werden.

Das bedeutet für die Einrichtungen, die bisher nichts gemacht haben, dass sie mit kleinen Dingen beginnen können: Lampen auf LED umstellen, Müll vermeiden und, wo unvermeidbar, Müll trennen. Die Heizungen überprüfen, Wasser sparen, dämmen und umweltbewusst einkaufen. Auf den ÖPNV wo möglich umsteigen, Fahrgemeinschaften bilden und so weiter. Die Liste, die dem Gesetz beiliegt, ist lang. Und diese Gemeinden werden feststellen, dass sie zunächst auch eine Menge Geld sparen werden.

Wer schon angefangen hat oder gar mitten im Umwelt-Prozess steckt, wird zwar schon eine gute Umweltbilanz vorweisen können. Richtwert ist der Ausstoß, der über das Grüne Datenkonto zum Stichtag 1.1.2023 ermittelt wurde. Das Ziel, keine Treibhausgase mehr auszustoßen, ist noch ein langer und möglicherweise harter Weg. Da heißt

es, beherzt an die Sache ranzugehen. Prof. Harald Kunstmann hat es sehr eindringlich benannt: „Jedes Kilo CO₂, das wir einsparen, ist hilfreich.“ Und es ist keine Aufgabe, die nur spezielle Gruppen etwas angeht, sondern wirklich alle von uns.

Natürlich wäre eine reiche finanzielle Ausstattung, um Gebäude zu sanieren und umzurüsten, eine große Erleichterung. Allerdings ist das Geld schlicht nicht mehr da. Also bleibt uns allen wohl nichts anderes übrig, als mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen, voranzugehen und unser Bestes zu geben, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Packen wir's an.

Elke Zimmermann

Zum Kulturwandel ermutigen

Zur Aufgabe der Kirche in der Missbrauchsdebatte Von Pfarrer Gunther Barth

Dr. Gunther Barth ist Gemeindepfarrer in Erlangen und begleitet seit einigen Jahren von sexualisierter Gewalt Betroffene. Er hat außerdem in Erlangen zum Thema „Öffentliche Buße“ promoviert.

Der Debatte über die Konsequenzen aus der ForuM-Studie tut eine theologische Verortung gut. Die Praxis der Buße ruft nicht nur nach Aufklärung, sondern sucht darüber hinaus die Metanoia, den Sinneswandel des ganzen Menschen. Damit steht im Umgang mit sexuellen Übergriffen ein Kulturwandel als Ziel im Raum. Dies darf man der verbreiteten Resignation und den Ressentiments, „man könne daran nichts ändern“, entgegen halten. Die Kirche kann und soll zu diesem Kulturwandel ermutigen!

Die Missbrauchsdebatte berührt in der evangelischen Kirche zwei Phänomene. Zum einen die Grausamkeiten der Nachkriegszeit in kirchlich-diakonischen Einrichtungen wie Kinderheimen, in denen bis in die 1980er-Jahre hinein Gewalt und sexuelle Übergriffe den strukturellen und personellen Unzulänglichkeiten folgten. Die ForuM-Studie beleuchtet nun auch den Missbrauch durch Einzeltäter (selten auch -täterinnen) in Pfarrhäusern, auf Kinderfreizeiten etc.

Die Folgen für die Betroffenen sind in beiden Fällen zerstörerisch. Sie haben viel Lebenszeit und Energie in das Leben mit dem erlittenen Unrecht gesteckt, bestenfalls viele Jahre in Therapie verbracht. Zu

ihrem Leben gehören häufig Gewalt, Drogen, Gefängnis, sexuelle Ausschweifungen und andere Fluchtstrategien. Manche haben ihren Frieden gefunden, andere müssen reden und können nicht schweigen.

Aufgabe der Kirche ist es, das Leid dieser Menschen zu hören. Im Rahmen der Buße ist dieses Hören-Müssen als Sühne zu bezeichnen. Das Hören im Glauben vermag einen Sinnes- und Kulturwandel zu initiieren. Wir haben schon einmal erlebt, dass Überlebende des Holocaust mit ihren Erzählungen den Menschen im Land begreifbar machten, dass die Verbrechen der Shoah tatsächlich stattgefunden haben und welche Dimension diese Verbrechen hatten.

Vergleichbare Erzählräume kann die Kirche auch Betroffenen von sexualisierter Gewalt bieten: In Dekanatssynoden, Pfarrkapiteln, bei Gemeindeabenden, Bußgottesdiensten und in Aufarbeitungskommissionen finden ihre Stimmen Öffentlichkeit. Die Wahrnehmung ihrer Geschichten bringt den Kulturwandel in Gang, und auch Heilungsprozesse für die Betroffenen. Wo man ihnen zuhört und Konsequenzen folgen, kann heilen, dass sich Menschen ausgeschlossen

fühlen, überhört oder allein gelassen. Bei solchen Veranstaltungen muss die Gefahr der Retraumatisierung bedacht werden. Die Botschaft der Betroffenen und ihre Anliegen müssen gehört werden können. Zudem sind Ruhe-Räume und Kompetenzen zur Krisenintervention vorzuhalten.

Der Kulturwandel betrifft nicht allein die evangelischen Kirchen und spezifisch anders die katholische Kirche, Sportvereine, Jugendorganisationen, KITAS oder Schulen – wie die Odenwaldschule, von wo aus die Debatte 2010 angestoßen wurde. Alle müssen umkehren. Dass die Debatte so schleppend vorankommt, liegt auch an Abwehrmechanismen durch Entscheidungsträger*innen und Gremien, aber vor allem an der Komplexität der Materie. Im weitgehend unerforschten Gelände sind Fehler unvermeidlich, aus denen man lernen kann und muss. Die Umwandlung des Betroffenenbeirates der EKD in ein Betroffenenforum war die notwendige Korrektur eines solchen Fehlers. Diese je spezifischen Antworten verschiedener Organisationen auf das Missbrauchsproblem zeigen wie in einem Prisma klar und doch voneinander verschieden die Umrisse eines möglichen Kulturwandels.

Keinesfalls darf die Forderung nach einem Kulturwandel als Ausrede dienen, nichts zu tun. Vielmehr trägt sie den Schutz vor Missbrauch auch in private Lebensbereiche wie die Familien, die dem Zugriff der Öffentlichkeit entzogen sind. Die Entwicklung von Schutzkonzepten in Einrichtungen und Kirchengemeinden und eine möglichst breite Debatte in der

kirchlich-diakonischen Öffentlichkeit tragen dazu bei.

An der Tatsache, dass und wie die Kirchen ihre Akten für Studien über den Missbrauch geöffnet haben, wurde viel kritisiert. Wenig gewürdigt wurde hingegen, dass das Ungeheuerliche dadurch begreifbar wurde. Eine solche Hoffnung ist für die Buße wichtig, damit sie Kraft und Richtung findet. Die Kirche leistet damit einen Dienst, den andere Arbeitgeber nicht leisten können, deren Personalakten von Gesetzes wegen zehn Jahre nach dem Ausscheiden eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin vernichtet werden müssen. Missbrauchsfälle liegen aber oft länger zurück.

Die Umkehr, der Kulturwandel betrifft das ganze Denken und Fühlen. Es ist nur folgerichtig, dass die ForuM-Studie auch einen Wandel in der Leitungskultur der evangelischen Kirchen anmahnt. Da ist noch vieles unklar. Mir geht es wie dem Leipziger Pfarrer und Schriftsteller Christian Lehnert, der im Interview anmerkt, dass diese Leitungsunkultur sprachlich noch zu wenig gefasst sei. Darüber müssen wir sprechen, eigene Erfahrungen einander und kirchlichen Leitungspersonen erzählen. Die Betroffenen können helfen zu verstehen, was genau Leid befestigt und Retraumatisierung auslöst. Ohne diese Menschen schaffen wir den Kulturwandel nicht! Es ist höchste Zeit, ihnen nicht nur Wertschätzung und Almosen entgegenzubringen, sondern sie wie Unternehmensberater*innen einzubinden und ihre Expertise in diesem unbekanntem Feld auch zu entlohnen.

Drei blinde Flecken

Antisemitismus: Ein selbstkritischer Blick auf unsere Kirche / Von Stephan Philipp

Wenn ich nach dem 7. Oktober 2023 erschreckt zur Kenntnis nehmen muss, dass der Antisemitismus auch in Deutschland wieder sichtbarer und bedrohlicher wird, dann will ich nicht mit dem Finger auf andere, auf Schuldige zeigen, sondern innehalten und mich und meine Kirche selbstkritisch nach eigenen Anteilen befragen.

Mit meinem von der ForuM-Studie (https://www.forum-studie.de/wp-content/uploads/2024/01/Zusammenfassung_ForuM.pdf) geschärften Blick lasse ich mir einen Spiegel vorhalten und frage: Sind die blinden Flecken meiner Kirche, die bei der Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderer Missbrauchsformen eine Rolle spielen, auch beim Thema Antisemitismus zu entdecken? Als solche empfinde ich in der Studie z. B. die kirchliche Selbstdefinition als progressiv, die Verkopplung von Schuld und Vergebung mit Ausklammerung von Reue, die Abwehr des Themas im Modus der Selbstüberhöhung, der ein Besser-Sein suggeriert. Vordergrundig hat Antisemitismus selbstverständlich keinen Platz in unserer Kirche, darin sind sich alle einig. Aber verdeckt spielt er weiterhin eine Rolle, ist meine These:

Erster blinder Fleck: Die Bekennende Kirche gilt uns bis heute als Identitätsanker und als Vorbild in ihrer Abgrenzung vom Nationalsozialismus, dabei bleibt

ihre unheilvolle eigene Verstrickung in antisemitische Überzeugungen und Praktiken der Zeit unterbelichtet. Allgemein anerkannt wird inzwischen, dass in der Barmer Theologischen Erklärung, im Stuttgarter Schuldbekennnis oder im Darmstädter Wort keine ausreichende Distanzierung vom Nationalsozialismus und vom Holocaust zu finden ist; weder explizit noch implizit. Auch spätere Texte von Synoden oder Kirchentagen beschreiben zwar christliche Schuld zutreffend, korrigieren aber nicht grundsätzlich einen verklärenden Blick auf die Bekennende Kirche. Beispielsweise wurde bisher die Mitgliedschaft von BK-Leuten in der NSDAP oder in anderen NS-Organisationen nur selten thematisiert (siehe ausnahmsweise z. B. Zeitzeichen 5/2024, Schneider: Kein Widerstand gegen die Nazis). Zur Frage, wie die BK selbst Antisemitismus zuließ, förderte oder unterstützte, muss also weiter kritisch gefragt werden.

Zweiter blinder Fleck: Wir praktizieren eine Erinnerungskultur mit Schuldbekennnissen, Gedenkstättenarbeit, Stolpersteinen usw., bezogen auf die Opfer des Nationalsozialismus, die in uns die Überzeugung nährt: Wir haben aus der Geschichte gelernt. Doch dabei begleiten uns bei der Auslegung der Heiligen Schrift weiterhin antijudaistische Stereotype und Fehldeutungen.

Immer wieder frage ich mich irritiert: Was führte dazu, dass der Nationalsozialismus gerade im Mutterland der Reformation auf so fruchtbaren Boden fiel?

Ich nehme wahr, dass der Antijudaismus offenbar tief verwurzelt ist in unserem evangelischen Verständnis der Heiligen Schrift und des Glaubens in unserer Kirche. Die Rechtfertigungslehre als Zentrum lutherischer Theologie wird immer noch von zu vielen interpretiert als Unterscheidungsmarker gegenüber Katholiken oder Juden, die im Gegensatz zu uns „gesetzlich“ seien. Der gnädige Vatergott wird dann als christliches Spezifikum behauptet und der Gott Zebaoth zum „Rachegott des AT“ stilisiert. Jesu „Ich-Aber-Sage-Euch“ wird verkannt als Abgrenzung von Juden, dabei gehört es in eine innerjüdische Debatte, so wie auch das ganze NT als Zeugnis einer spezifischen Form des jüdischen Glaubens im 1. Jahrhundert gelesen werden kann und muss.

Solche Erkenntnisse aus dem christlich-jüdischen Gespräch kommen viel zu wenig an der Basis der Gemeinden an, und leider auch zu wenig bei meiner eigenen Zunft der protestantischen Schriftgelehrsamkeit.

Dritter blinder Fleck: Die Errungenschaften des christlich-jüdischen Dialogs verführen uns zur Vereinnahmung des Jüdischen und gaukeln uns eine besondere Nähe und Verbundenheit vor. Dabei wird die fast zwei Jahrtausende alte christliche Abgrenzungs-, Abwertungs- und Verfolgungsgeschichte gegenüber der jüdischen Gemeinschaft ausgeblendet.

Wir Christen sind nach dieser Geschichte eher schwierige Partner:innen; eigentlich können wir die Gesprächseinladung von jüdischer Seite nur dankbar annehmen im Wissen darum, was hinter uns liegt (und leider auch weiter wirkt):

- der christliche Anspruch, ein besonderes Verhältnis zum Judentum, zu Israel zu haben, dieses dann aber lediglich als Negativfolie für das eigene christliche Selbstverständnis zu missbrauchen – siehe z. B. das Substitutionsmodell oder das Typologiemodell;
- die christliche Sicht auf die Heilige Schrift, in der unser „neues“ Testament dem „alten“ gegenübersteht und tendenziell sich den Tenach aneignet und diesen vielleicht sogar aufhebt;
- die Behauptung einer gemeinsamen jüdisch-christlichen Identität, die das Unterschieden- und Anderssein außen vor lässt.

Vielleicht kann das jüdisch-christliche Gespräch uns auf einen Weg führen, der auch sonst in Mehrheits- und Minderheitssituationen der Gesellschaft als Weg von der Ausgrenzung über die Toleranz und die Integration zur Inklusion gegangen wird. Die Diversität von Christen und Juden kann dann als Reichtum verstanden werden: im Staunen und Freuen darüber, dass jüdische Theologie und Glaubenspraxis anders sind als unsere.

Unser Autor, Stephan Philipp, Pfarrer i. R., war Studienleiter für Religionspädagogik im Amt für kirchliche Dienste (AKD) in Berlin.

Antisemitismus von links

Judenfeindschaft in ideologischen Erscheinungsweisen

Es ist eine moralisch verrückte Situation: Der Terrorangriff der Hamas auf Israel hat Hass gesät und geschürt – nicht etwa gegen den Angreifer, sondern gegen den Angegriffenen, gegen Israel, gegen die Juden. Judenhass – im Fremdwort Antisemitismus – nimmt seither, seit dem 7. Oktober 2023, zu, weltweit, in Deutschland, bei der Jugend, an den Universitäten. Ganz offensichtlich und auf offener Bühne: Der Antisemitismus, der früher eher verschämt sich gab, versteckt sich nicht mehr. Stattdessen müssen jüdische Menschen öffentliche Räume meiden bzw. geben sich nicht mehr als Juden zu erkennen.

Antisemitische Demonstrationen, Aktionen, Gewalt wie schon lange nicht mehr: „Das Judentum erlebt seine größte Katastrophe nach 1945“, sagt Rafael Seligmann, Publizist, Politologe, Historiker und bedeutender jüdischer Schriftsteller der Nachkriegsgeneration. Wenn das das Kriegsziel der Hamas war, nämlich dem Judentum in der herrschenden Weltmeinung eine Niederlage zu bereiten, die Juden als „die Bösen“ hinzustellen, so ist dieses Kriegsziel aufgegangen und die Hamas hätte allen Grund, dies zu feiern.

Das Bemerkenswerte an dieser gegenwärtigen Diskussionslage: Antisemitismus in seiner Auswirkung auf unsere Gesellschaft läuft – schnoddrig gesagt – schon immer aufs Gleiche hinaus, nämlich er vergiftet uns mit Ressentiments und Verschwörungsmysmen gegen die Juden als

die Ursache aller Probleme der Welt; doch Antisemitismus von seiner Entstehung her kommt in mehreren, voneinander zu unterscheidenden oder auch sich miteinander vermischenden ideologischen Varianten daher, die man nicht so ohne Weiteres in einen Topf werfen darf.

Der Versuch einer groben Einteilung: Es gibt einen historisch gewachsenen Antisemitismus, der sich aus religiösen, politischen, sozialen Quellen herleitet, der über Jahrhunderte sich entfaltet und verfestigte. Es gab und gibt wohl noch immer einen rassistischen Antisemitismus, der in der Naziideologie mit ihrer Rassenlehre und im Holocaust seinen schrecklichen Höhepunkt fand. Es gibt einen rechten Antisemitismus, das heißt eine Judenfeindschaft von Neonazis und Rechtsextremen, es gibt – hier und weltweit – einen muslimischen Antisemitismus. Und es gibt ebenfalls hier und weltweit, und seit dem Gaza-Konflikt verstärkt, einen linken Antisemitismus, der im „postkolonialen“ Gewand daherkommt.

Aus dieser letztgenannten Perspektive eines linken Antisemitismus gilt Israel als weißer, rassistischer, kolonialistischer Staat, als imperialistischer Brückenkopf des Westens im Nahen Osten. Diese Sicht legt einem nahe, in der Hamas eine Befreiungsorganisation zu sehen. Dass viele Juden aus dem Iran, aus arabischen und nordafrikanischen Ländern vertrieben wurden, also keineswegs „Weiße“ im Sinn



dieser postkolonialen Theorie sind, das übersieht man dann. Und dass andere ins heutige Israel Eingewanderte europäische Überlebende des Holocausts waren, das passt ebenso wenig in diese Variante des Antisemitismus.

Die Antisemitismus-Debatte spannt sich also von Adam und Eva bis in die Moderne, fängt mit der Bibellese an, um sich über antijudaistische Irrtümer im christlichen Glauben kundig zu machen (Gibt es einen „Rache“-Gott im Alten Testament? Nein!), und gelangt schließlich zur Unterscheidung zwischen Kritik an israelischer Politik (erlaubt) und daraus folgenden antisemitischen Unterstellungen (nicht erlaubt).

Und da wird es kompliziert: Darf man auf einer Demo „Free Palestine“ rufen, wenn man damit nichts anderes als den Palästinensern Freiheit wünscht? Etwa im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung? Ja, das müsste in unserer Demokratie der freien Meinungsäußerung möglich sein. Wenn damit einhergeht die absolute Akzeptanz und Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel. Dann und

nur in diesem Sinne ist eine Kritik an der israelischen Politik, an der Besiedelung des Westjordanlandes und an der Besetzung des Gazastreifens möglich.

Wenn aber der Demoruf erweitert wird auf den englischen Reim: „From the river to the sea, Palestine will be free“, dann steckt da auf einmal ein antisemitischer Gedanke zur gewaltsamen Beseitigung des

Staates Israels drin. Man bestreitet den Juden das Recht auf ihre Heimat Israel. Und man schließt sich ganz unverblümt dem Hamas-Slogan an, der genau dies meint.

Und wenn mal eben skandiert wird, wie dieser Tage zu hören war: „Free Palestine from German Guilt“, dann bekommt eine solche Demo noch dazu eine deutsch durchwirkte antisemitische Schlagseite. In dem Satz mag ja irgendein historischer Kern stecken, den man auf einer Wochenendtagung einer evangelischen Akademie angehen könnte, nämlich dass und welchen Zusammenhang es gibt zwischen dem Holocaust und der Flucht und Vertreibung der Palästinenser. Auf der Straße oder mal eben anlässlich eines Kulturereignisses herausgebrüllt, kann da aber nur dahinterstecken, verkürzt: Hört auf über den Holocaust zu reden und stellt euch an die Seite der Palästinenser gegen Israel. Und das ist schlimmster Antisemitismus: Leugnung, Relativierung und Trivialisierung des Massenmordes an den europäischen Juden.

Lutz Taubert

Israel ignoriert internationales Recht

Die Deutsch-Israelin Shelly Steinberg sprach in der Lorenzkirche in Nürnberg

Shelly Steinberg ist Mitglied der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München. Sie ist in Israel geboren und in Deutschland aufgewachsen und hat beide Staatsangehörigkeiten. Ihre Großeltern mussten 1935 aus Deutschland fliehen – und zwar nach Palästina. Nicht, weil sie Zionisten oder besonders religiös waren, sondern weil kein Staat bereit war, sie aufzunehmen. Ihre Mutter kam 1945 in Jerusalem zur Welt – drei Jahre vor der Staatsgründung Israels. In ihrer Geburtsurkunde steht korrekterweise, dass sie Palästinenserin ist. Die Familie ihres Vaters war schon seit zehn Generationen in Jerusalem ansässig.

...

„Ich möchte doch nur Frieden“ – das Motto der heutigen Veranstaltung – habe ich in Israel sehr häufig gehört. Sie können jeden Israeli fragen und er wird Ihnen antworten, dass niemand so sehr Frieden möchte wie er. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie es denn dann sein kann, dass in einem Land voller angeblich friedliebender Menschen permanent Krieg herrscht bzw. ein angeblich so friedliebendes Volk permanent Krieg führt. ...

Frieden bedeutet für die Israelis, dass die Palästinenser Ruhe geben. Es wird nicht hinterfragt, ob die Politik Israels ungerecht, menschenverachtend oder antidemokratisch ist, oder sogar Züge von Apartheid an sich hat – Nein: Dass kein



© 2021 St. Lorenz

Frieden herrscht, ist den Palästinensern geschuldet, die einfach keine Ruhe geben können – egal, was Israel macht. Dabei werden die seit der Staatsgründung bis heute anhaltende Entrechtung der Palästinenser, die fortlaufende Annexion palästinensischer Gebiete und die Gewalt gegen Palästinenser völlig außer Acht gelassen. Ich sage hier bewusst „Annexion“ und nicht „Besatzung“, denn:

1. Israel kommt seinen im Völkerrecht definierten Pflichten als Besatzer nicht nach.
2. Und – das ist der ausschlaggebende Punkt – Israel siedelt Teile der eigenen Bevölkerung in den besetzten Gebieten an, da es die Auffassung vertritt, dass es

ein Anrecht auf diese Gebiete hat. Die Mehrheit der Israelis spricht nicht mehr von der „Westbank“, sondern von „Judäa und Samaria“. Dadurch versuchen sie zu suggerieren, dass ihr Vorgehen in den besetzten Gebieten gar nicht rechtswidrig sei und sie sich und ihr Land nur verteidigen würden. Ganz nach dem Motto: Wir können gar nicht „besetzen“, was uns eh gehört. ...

Wie würden Sie sich als Palästinenser fühlen? Sowohl in den besetzten Gebieten als auch in Israel selbst? Sowohl ich als auch die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe verurteilen Gewalt – dennoch haben wir im Gegensatz zu den vermeintlichen „Israelunterstützern“ verstanden, dass eine solche Politik, wie sie in Israel seit seiner Gründung praktiziert wird, nicht auf Frieden ausgerichtet ist. Sie ist darauf ausgerichtet, die Palästinenser im besten Fall zu marginalisieren, und im realen Fall das Leben für die Palästinenser so unerträglich zu machen, dass sie ihre Heimat verlassen. Dass eine solche Politik Widerstand hervorruft, muss man nicht wirklich erklären.

Ich sage „vermeintliche“ Israelunterstützer, denn wer diese Politik unterstützt und rechtfertigt, ist kein wirklicher Unterstützer oder Freund. Deutschland verweist immer wieder auf seine geschichtliche Verantwortung und Freundschaft gegenüber Israel. Doch was für eine Freundschaft soll das denn sein? Das ist, wie wenn jemand seinem betrunkenen Freund auch noch die Autoschlüssel in die Hand drückt. Die Politik Deutschlands geht davon aus, dass es seine Schuld durch blinde Unterstützung

Israels abgelten kann. Doch ein Unrecht lässt sich nicht mit einem anderen wieder gut- oder ungeschehen machen. Das käme einem widerlichen Ablasshandel gleich. Dasselbe gilt auch für die jetzige Situation in Gaza. Das schreckliche Massaker vom 7. Oktober 2023 rechtfertigt die Gräueltaten in Gaza nicht. ...

Um eine pro-israelische Agenda durchzusetzen, missbrauchen Politiker und weitere öffentliche Institutionen den Begriff „Antisemitismus“ und diffamieren jeden als „Antisemiten“, der sich kritisch gegenüber der Politik äußert. Diese Diffamierungen machen auch vor Kritik äußern den Juden bzw. Israelis keinen Halt. ...

Es ist eine Schande, wie das Gedenken an die Opfer des Holocausts hierzulande zugunsten einer pro-israelischen Politik missbraucht und instrumentalisiert wird.

Es ist nichts Jüdisches, Kinder, Männer und Frauen zu entrechten, zu entwürdigen und umzubringen. Es ist nichts Jüdisches, Land eines anderen Volkes zu rauben und die dortige Bevölkerung zu unterdrücken und auszubeuten. Daher kann die Kritik an solchen Zuständen gar nicht antisemitisch sein. ...

Solange Deutschland an der sogenannten Staatsräson festhält – die eine bloße Idee ohne jegliche rechtliche Verankerung ist, und faktisch existierendes internationales Recht ignoriert –, kann hier nicht von Lösungen gesprochen werden....

Statt zusammen mit Israel über das Schicksal der Palästinenser zu verhandeln, sollte Deutschland anfangen, die Palästinenser als Subjekte und nicht als

bloße Objekte – wie es Israel tut – zu behandeln. Die Rechte der Palästinenser müssen gleich denen der Juden anerkannt werden. ...

„Nie wieder ist jetzt!“, heißt es oft auf Demonstrationen gegen rechts. Es ist doch aber schier absurd, hier gegen rechts auf die Straße zu gehen, während man einer rechtsradikalen Regierung in Israel, die sich für Völkermord an den Palästinensern in Gaza vor dem IGH zu verantworten hat, uneingeschränkte Solidarität zusagt. Wer wirklich aus der Geschichte gelernt hat

und das nicht nur als „Slogan“ für die unkritische Solidarität mit Israel missbraucht, der muss sich ganz klar gegen Israels Politik stellen. Wer Israels Politik nicht kritisiert oder sie sogar unterstützt, stellt sich auf die Seite der israelischen Regierung und gegen die israelische Bevölkerung, die seit Monaten gegen die eigene Regierung auf die Straße geht. ... Schließen möchte ich mit einem Zitat von Bertold Brecht: „Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“

Teil der deutschen Staatsraison ist die Sicherheit des Staates Israel – nicht die jeweilige Politik der Regierung

Ein Kommentar zu Shally Steinberg von Johannes Herold

Es kann schon zu Schnappatmung führen, wenn man israelische Oppositionelle über die Politik ihrer Regierung reden hört. Da wird kein Blatt vor den Mund genommen und manches, was dort freimütig geäußert wird, würde bei uns in Deutschland unter Antisemitismusverdacht geraten.

Egal ob die Rabbis for Human Rights, Breaking the Silence oder Friedensaktivisten: Sie alle kritisieren das Regierungshandeln scharf und inhaltlich gibt es auch bei Shelly Steinberg wenig Einwände meinerseits. Auch ihre Kritik an der deutschen Staatsraison kann ich teilen – sofern wir ein Missverständnis vermeiden: Teil der deutschen Staatsraison ist die Sicherheit des Staates Israel – nicht die jeweilige Politik der Regierung. Schon 2008, als die damalige Kanzlerin Angela Merkel das Diktum prägte, wurde kritisiert, dass hier eine Einschränkung fehlte: die Sicherheit Israels in den Grenzen von 1967. Denn damit wird der völkerrechtlich verbindliche Stand wiedergegeben.

Die Sicherheit Israels als ein Staat, in den jeder jüdische Mensch aus der ganzen Welt einfach einreisen und einwandern kann, ist leider wichtiger als je zuvor.

Kritik am Handeln der Regierung kann aber weder mit der Staatsraison unterbunden werden noch mit wild geäußerten Antisemitismusvorwürfen seitens einer rechtsextremen Regierung in Israel.

Wenn ich das Foto dem Arzt zeigen könnte

**Gedanken zur Indikationsfrage im Rahmen des Strafgesetzes in Europa
Von Martin Kleineidam**

Es war im Spätherbst 2003, als meine Frau und ich einen Frauenarzt in einer Großstadt aufsuchten. Wir teilten uns damals unsere erste Pfarrstelle, waren zweifache Eltern und meine 35-jährige Frau war mit Zwillingen schwanger geworden. Ich erinnere mich an diesen Tag vor 21 Jahren. Zuversichtlich gingen wir zu dem Frauenarzt. Denn wir beide freuten uns auf die Zwillinge. Wir waren geschockt, als er uns empfahl, wegen der festgestellten schlechten Versorgung eines Kindes eine Abtreibung vorzunehmen. Ich weiß noch, mit wie viel Wut ich den Arzt infrage stellte. Am Ende verließen meine Frau und ich unter Protest die Praxis.

Ein halbes Jahr später waren die Zwillinge in Bayreuth gesund auf die Welt gekommen. Als ich ihnen vor ein paar Jahren erzählte, dass uns ein Arzt geraten hatte, sie abzutreiben, brachen sie in Tränen aus. Sie konnten es sich nicht vorstellen, dass ein Arzt ihr Leben nicht gewollt hatte. Gerne hätte ich heute dem damaligen Arzt das Foto meiner beiden Kinder gezeigt, die letztes Jahr ihr Abitur gemacht hatten.

Heute entbrennt in Europa wieder die Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch (sog. Indikation). Auch wenn meine Frau und ich uns alle vier Kinder gewünscht haben, so wissen wir doch, dass

sich das ungeborene Leben nicht gegen den Willen einer werdenden Mutter schützen lässt. Als Mann konnte ich mir nur schwer vorstellen, wie es gewesen wäre, wenn nur ich die Kinder gewollt hätte, meine Frau aber nicht. Für einen kinderliebenden Mann ist die Macht der Frau



in dieser Hinsicht eine schmerzhaftes Erkenntnis. Sie lässt mich die vollständige Ohnmacht gegenüber der Tatsache spüren, dass sich das ungeborene Leben nur mit der Mutter schützen lässt. Auch wenn meine Frau und ich unsere Kinder lieben, wissen wir doch, dass es sich

nicht immer so verhält. Manche Männer leiden unter den Entscheidungen von werdenden Müttern. Umgekehrt leiden Frauen an der mangelnden Bereitschaft von Männern, sich an den Erziehungsaufgaben zu beteiligen. Die Verhandlung der Indikationenfrage hilft im Rahmen der Strafgesetzgebung hier nicht weiter.

Europa steht daher wieder vor dem alten Dilemma: Zum einen gilt es das Leben von Ungeborenen zu schützen. Zum anderen ist das Selbstbestimmungsrecht einer werdenden Mutter zu achten. Man kann das eine gegen das andere nicht ausspielen. Das zeigt auch die Geschichte des Schwangerschaftsabbruchs. Nur im Miteinander der beiden Rechte kann der Rahmen geschaffen werden, in dem ein Kind heranwachsen kann. Dass heute viel zu viele Kinder abgetrieben werden, ist ein deutliches Warnsignal an die europäischen Gesellschaften, dass es mit der Harmonie zwischen dem Lebensrecht von Ungeborenen und dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen gewaltig hapert. Hier wie da geschieht viel Unrecht im Verborgenen.

Meine Frau und ich sind von der Rosenheimer Erklärung inspiriert (s. S. 20).

Wenn ich heute noch einmal dieses Dokument aus dem Jahr 1991 lese, fällt mir auf, wie viel bei unserem Gespräch mit dem Frauenarzt schiefgelaufen ist. Gott sei Dank hat sich gesellschaftlich vieles gebessert: Familienfreundliche Arbeitsplätze, wachsende Bereitschaft heutiger Männer, Erziehungsaufgaben zu übernehmen, Erweiterung der Betreuungsangebote...

Hinsichtlich meiner gemachten Erfahrung

Die Rosenheimer Erklärung zum Schutz des ungeborenen Lebens war 1991 in der Landessynode hoch umstritten. Beschlossen wurde ein Text, dessen Spitzensatz hieß: „In Konfliktsituationen kann die letzte Entscheidung der betroffenen Frau von niemandem abgenommen werden; sie muss sie in Verantwortung vor Gott treffen.“



Die Erklärung fand eine knappe Mehrheit. Mitglieder des AÆE kämpften dafür.

wären mir heute fünf Dinge wichtig:

1. Ärzte, Ärztinnen und Fachkräfte, die mit Beratung oder Schwangerschaftsabbruch beschäftigt sind, bedürfen neben einer Dokumentationspflicht auch eines Monitorings durch Ethikkommissionen.
2. Verhütungsmittel auf Rezeptbasis können helfen, die Zahl der Abbrüche als Form der Schwangerschaftsverhütung zu drücken.
3. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für Kinder gilt es im Sinne der Rosenheimer Erklärung noch mehr voranzubringen.
4. Das Nehmen von Erziehungszeiten sollte als Karriereförderungsgrund anerkannt sein.
5. Nachwuchs- und Erziehungsarbeit sollten Teil jeder Schulausbildung werden.

Vielleicht fördert man mit diesen Maßnahmen ein Klima, in dem es als wunderbares Glück empfunden wird, Kinder zu haben.

Die „Rosenheimer Erklärung der Landessynode der ELKB zum Schutz des ungeborenen Lebens und zu Fragen des Schwangerschaftsabbruchs“ vom 18. April 1991 (gekürzt)

Teil I. Gott will, dass menschliches Leben geschützt wird.

In unserer Gesellschaft erfährt Gottes Ja zum menschlichen Leben, auch einem Leben mit Behinderung, manchen Widerstand. Darum sind die Mutter und das Leben des Kindes in jedem Fall zu schützen.

Teil II. Grundsätze

1. In Konfliktsituationen kann die letzte Entscheidung der betroffenen Frau von niemandem abgenommen werden.
2. Für Betroffene gibt es eine staatliche Beratungspflicht. Evang. Beratung bedeutet, die Gewissen zu schärfen, Eigenverantwortung zu stärken und Hilfen anzubieten.
3. Da Abtreibung als Tötung menschlichen Lebens zu sehen ist, gelten nur medizinische und Notlagen-Indikationen unter strengsten Maßstäben.
4. Ein Abbruch ist nur nach Beratung und mit Beratungsbescheinigung möglich.
5. Beratung und Abbruch dürfen nicht durch dieselbe Person vollzogen werden.
6. Entsprechend der o. g. Erläuterung sollen die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch nicht mehr im Strafgesetzbuch, sondern in einem Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens verankert werden.

III. Konkrete Maßnahmen

In ausweglos erscheinenden Notlagen, in denen es zu einer Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch kommt, bedürfen die Betroffenen des Beistandes und der Hilfe des sozialen Umfeldes und der Gesellschaft. Insbesondere sind auch die Männer an ihre Mitverantwortung für das werdende menschliche Leben, für Fürsorge und Erziehung, für die gemeinsame Übernahme von Aufgaben in Partnerschaft und Familien mit allem Nachdruck zu erinnern.

Es geht insgesamt nicht nur um Hilfe im Konfliktfall, sondern auch um eine umfassende Verbesserung der gesellschaftlichen und kirchlichen Strukturen:

- kostengünstiger Zugang zu Verhütungsmitteln
- die Bereitstellung erforderlicher Plätze in Kinderkrippen, Kindergärten und -horten,
- die Verlängerung von Erziehungszeiten und ihre Berücksichtigung bei der Altersversorgung
- die Erhöhung des Erziehungs- und Kindergeldes (kinderfreundliches Steuerrecht)
- die Verbesserung arbeitsrechtlicher Regelungen
- Einrichtung von langfristigen Nachsorge-, Fortbildungs- und Supervisionsangeboten.



Quo vadis, Europa?

EU-Wahl: Düstere Analyse und hoffnungsvoller Ausblick

Die Mitte ist stark, die Ränder, vor allem rechts, werden stärker. Die Parteienlandschaft ist in gewaltige Bewegung geraten. Bandbreite und Vielfalt nehmen zu: Diese Kurzanalyse der Europawahl trifft auf Deutschland genauso wie auf die EU im Ganzen zu.

Fangen wir mit den Details in Deutschland an: Der überdeutliche Rechtsruck gerade in den neuen Bundesländern wird die kommenden Landtags-Wahlkämpfe dort prägen. Im Osten ist die AfD die stärkste Kraft. Im Beispielfall Sachsen bleiben, in dieser Reihenfolge, nur noch AfD, Union, BSW. Der Rest, derzeitige Regierungsparteien neben der CDU, droht gar, zur Landtagswahl vorausgedacht, an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. In den Flächenländern der alten BRD ist die Union immerhin noch überall vorne. Und dann das: Die Jung- und Erstwähler wählen, anders als bei der letzten EU-Wahl, als noch grün angesagt war, in der Mehrheit konservativ-rechts (Union mit 17, AfD mit 16 Prozent in der Altersgruppe bis 24 Jahre). Die Ampelparteien, besonders die Grünen, sind im Bund insgesamt wie auch in Bayern nicht mehr gefragt, schmelzen dahin.

In der Wahlanalyse Deutschland fällt aber, neben dem Rechtsruck, auch dieses auf: Nur noch 60 Prozent der Stimmen fallen auf die Parteien, die zum Kernbestand unserer Parteienlandschaft gehören, die

Ampelparteien erreichen zusammen gerade einmal 32 Prozent. Nur noch ein Drittel wählt also eine Partei der Regierungskoalition! Wohl endgültig vorbei die Zeiten, da wir zwei Volksparteien hatten und ein, zwei weitere „Zünglein an der Waage“, die zusammen die breite Mitte unserer stabilen Demokratie ausmachten.

Als Volkspartei können wir heute nur noch die Union ansehen. Ansonsten schreitet die Verkleinerung und Zersplitterung der Parteienlandschaft gewaltig voran. Parallelen zur Weimarer Zeit wollen wir gar nicht ziehen, aber sie drängen sich bei manchen Kommentatoren auf.

Dieser Umbruch nach rechts und zur Parteienverzweigung lässt sich beispielhaft in NRW zeigen, einst klassisches SPD-Land. Davon ist nichts geblieben. Die sogenannte Mitte scharft sich um die CDU von Hendrik Wüst. Aber Arbeiter oder Menschen mit niedrigem Lebensstandard wählen fast zu einem Drittel die AfD. In Gelsenkirchen kommt es gar zum GAU für die Sozialdemokraten, nur Platz drei hinter CDU und AfD.

Jetzt nach Europa: Die Zuwächse für die nationalen, rechtspopulistischen und extremen Parteien im Europaparlament sind immens. Zwar mag es, ob Italien oder Frankreich, Ungarn oder die neuen Bundesländer, überall je eigene Gründe geben, warum die Wähler die einen abstrafen und die anderen hochpushen.

Aber quer über den Kontinent gibt's ein paar durchschlagende Motive, die da beim Abstimmungsverhalten eine Rolle spielten: zuerst einmal das Thema Immigration und Asylpolitik. Die bewusste oder unbewusste Abwehrhaltung zu einer irregulären, nicht kontrollierbaren Zuwanderung mag bei vielen Wählern den Ausschlag gegeben haben, für welche Partei sie sich entschieden. Angst vor Wohlstandsverlust, Haltung zum Ukrainekrieg, und nicht zuletzt die Haltung zu einem übergestülpten zentralistischen System, nämlich der EU, mitsamt Bürokratie und hohen Kosten: Das sind die weiteren Themen, über die bei dieser Wahl abgestimmt wurde. Nun lässt sich darüber spekulieren, ob mit diesem europäischen Rechtsruck ein tiefgehender Richtungswechsel in eine neue politische Ära verbunden ist, dass nach den Linken, den Konservativen und den Grünen jetzt die Rechten nach vorne drängen. Aber zum einen darf nicht übersehen werden, dass die Mitte in Europa immer noch stark und in Form der EVP-Fraktion die stärkste Kraft ist. Und zum anderen ist wahrzunehmen, dass es die Rechte es als gemeinsame Kraft europaweit gar nicht gibt und in sich in starker Veränderung begriffen ist. An den Italienern und Franzosen kann man studieren, wie die ehemals extreme, im übrigen auch brutal antisemitische Rechte sich allmählich wandelt – wenigstens in ihrem äußeren Erscheinungsbild – zu gemäßigten rechten Parteien, die die Regierung anstreben oder gar bereits stellen, die für Konservative wählbar sind und nicht mehr Europa ablehnen.

Es wird ein spannendes und heikles Mit- und Gegeneinander in der europäischen Parteienlandschaft: Die EVP wird die politische Mitte Europas gewiss zusammenschmieden und zu halten versuchen, gemeinsam mit den Sozialdemokraten und den Liberalen. Es wird, dies eine Prognose, sicherlich aber auch Absprachen zwischen der „Europäischen Regierung“ und dem rechten Lager (etwa in Person von Meloni) geben. So viel zu dem, was hierzulande man die Brandmauerdebatte nennt.

Quo vadis, Europa? Nach all dieser bitterdüsteren Analyse hier der Lichtblick: Die Wahlbeteiligung war in Deutschland wie auch EU-weit historisch stark, und das ist ein gutes Zeichen. Wer wählt, glaubt, dass es einen Sinn macht zu wählen. Wir schöpfen daraus die Hoffnung, dass sich die Idee einer europäischen gemeinsamen Kraft auch weiterhin durchsetzen wird. Wir brauchen ein politisch starkes und geeintes Europa, für uns selbst und um in der globalen Politikordnung eine Rolle zu spielen. Nur auf übernationaler Ebene lassen sich die ganz großen, globalen Herausforderungen angehen: Friedenssicherung, Klimapolitik, Wohlstandswahrung. Und was macht überhaupt den Charme Europas aus? Seine kulturelle Vielfalt – in einzelnen Staaten und Regionen.

Vielleicht zeugt der brutale Umbruch der Parteienlandschaft bei dieser EU-Wahl letztlich von dieser europäischen Bunttheit des Staatenbundes EU. Dies wäre dann auch ein entscheidender Unterschied zu anderen politischen Weltgrößen wie USA und China! *Lutz Taubert*



Selbstwirksamkeit erfahren

Mitarbeit im Kirchenvorstand muss keine Last sein / Johannes Herold

Der Kirchenvorstand gilt für viele in der Evangelischen Kirche als ein echtes Plus gegenüber den katholischen Geschwistern: weil hier echte Beteiligung von Nicht-ordinierten geschieht. Weil der KV die Finanzhoheit in der Gemeinde hat und jeder weiß: „Wer zahlt, schafft an.“ Wer über das Geld entscheidet, der trifft die wirklichen Entscheidungen. Noch dazu ist die Anzahl der Pfarrpersonen mit Stimmrecht begrenzt und die Pfarrpersonen haben genauso nur eine Stimme wie die anderen Mitglieder auch. Eine flache Hierarchie, wie wir sie beim AEE mögen. Demgegenüber steht eine beunruhigende Beobachtung: Die Mitarbeit im Kirchenvorstand wird von vielen als Last empfunden, die Themen in den Sitzungen sind langweilig und trocken und nach der Sitzung sind alle platt und gehen möglichst schnell nach Hause. Wer will sich das freiwillig antun? Wer lässt sich für so eine harte Arbeit auf volle sechs Jahre wählen?

Nun, die „gute Nachricht“ ist: Die Amts-

periode soll von sechs Jahren auf nur noch vier Jahre verkürzt werden. Was einerseits die Ehrenamtlichen entlastet und die Chance erhöht, dass sie sich für das Amt bereit erklären. Andererseits ist natürlich der Aufwand einer KV-Wahl hoch und hier wird wieder ein Mehr an Verwaltungsaufgaben für die Pfarrpersonen mit Pfarramtsführung geschaffen. Hoffen wir, dass es sich lohnt!

Nur wie schaffen wir es, dass die Arbeit im KV keine Belastung ist, sondern im Idealfall vielleicht sogar als Bereicherung wahrgenommen wird?

Mein Eindruck ist, dass es zwei Faktoren gibt, die für Kirchenvorstände interessant sind: Erstens das Gefühl, wirklich etwas zu sagen zu haben, und zweitens Gemeinschaft mit geistlicher Tiefe.

Wenn die Ehrenamtlichen den Eindruck haben, dass sie einmal im Monat geholt werden, um Entscheidungen abzunicken, über die ein oder mehrere Hauptamtliche längst abgestimmt haben, dann werden sie irgendwann keine Selbstwirksamkeit

aus ihrem Engagement mehr ziehen und schließlich frustriert in die innere Emigration gehen.

Nun ist es natürlich so, dass sich die Hauptamtlichen in einem Teampfarramt öfter treffen und auch in gegenseitiger Rücksichtnahme Fragen vorbesprechen. Das ist kaum zu vermeiden und kann vielleicht auch zu dem Eindruck führen, dass die Ehrenamtlichen sich gar nicht mehr gebraucht fühlen. Wenn aber alle Entscheidungen so fallen, dann müssen die Hauptamtlichen ihre Arbeitsweise überdenken und überlegen, ob sie den Kirchenvorstand eigentlich ernst nehmen.

Das andere ist die Gemeinschaft mit geistlicher Tiefe, die meiner Erfahrung nach die Arbeit im Kirchenvorstand zu einer Bereicherung für viele Ehrenamtliche macht. Das AfG hat hierfür ein Programm „Begeistert leiten“ gestartet, mit dem der Beginn der neuen KV-Periode gestaltet werden kann. Die Betonung liegt auf dem Begriff der Spiritualität, die im KV gefördert werden soll.

Das mag bei manchen – so wie bei mir – zunächst zu einer gewissen Abwehrreaktion führen. Andererseits bin ich in unserem KV gewohnt, dass wir uns regelmäßig mit theologischen und geistlichen Themen beschäftigen und einmal im Jahr für ein Wochenende auf eine Rüstzeit fahren – also letztlich genau das machen, wofür das AfG wirbt: uns mit unserem Glauben beschäftigen. So haben sich die Mitglieder unserer KVs kennengelernt und erlebt, wie sie ihre unterschiedlichen Schwerpunkte in die Leitung der Ge-

meinde einbringen. Sie haben gelernt, über ihre eigene Spiritualität zu sprechen und wahrzunehmen, dass es hier Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt, die uns als Gruppe bereichern.

Und schließlich hat die theologische Arbeit im KV zu einer Fortbildung der Ehrenamtlichen geführt, die Einzelnen haben ihre theologische Sprachfähigkeit verbessert und auch zu einem vertieften Bewusstsein ihrer Spiritualität verholfen.

Hierin sehe ich einen Grund, warum wir bei unseren Kirchenvorständen eine Umfrage machen konnten mit der Frage: Warum ich gerne für den KV kandidiere? Und es kamen Antworten wie: weil ich mich mit meinen Interessen und Fähigkeiten einbringen kann.

Hier wird deutlich, dass die Mitglieder im KV Selbstwirksamkeit erfahren – und das ist für die Mitarbeit eine sehr gute Voraussetzung.

Und schließlich noch ein Drittes: Unsere Kirchengemeinde ist sicher besonders innovativ und experimentierfreudig – was auch der Grund sein dürfte, dass meine Frau und ich uns hierher beworben haben. Aber für die Mitglieder des Kirchenvorstands war es sicher motivierend, dass sie sich immer wieder größere Projekte vorgenommen haben – vom Grünen Gockel über das Abendmahl mit Kindern bis hin zu einem völlig neuen Gottesdienstkonzept. Ein KV, der solche Projekte zu stemmen hat, der wird sicher nicht darüber klagen, dass es hier nur um Geld und Personal geht – auch wenn diese Themen zur KV-Arbeit einfach dazugehören.

Volker Pröbstl, Dekan in Selb:

Zwischenruf aus der Peripherie der Peripherie

Hektischer Aktivismus, wie kirchliche Strukturen verändert werden; mangelhafte Kommunikation zwischen oben und unten, Verfestigung der Hierarchieebenen, technokratisches Denken, und schließlich: indem diese „unsere kleiner und bescheidener werdende bayerische Landeskirche“ sich der Digitalisierung ausliefere, nehme sie teil am kapitalistischen „Ausbeutungsregime“: In diesen teils drastischen Worten beschreibt unser Autor „Entwicklungen in der kirchlichen Landschaft“ und kritisiert damit vor allem unsere kirchlichen Leitungsorgane. Das Besondere an diesem „Zwischenruf“ ist freilich die Perspektive: Unser Autor Volker Pröbstl ist Dekan in Selb, sein Blick fällt „aus der Peripherie der Peripherie“ aufs kirchliche Zentrum.

Mit der Veröffentlichung seines Textes will b+k eine weiterführende Diskussion anregen. Wir freuen uns über Rückmeldungen.

Mit dem Fahrrad habe ich den Wartberg erreicht. Der Waldhügel befindet sich am Ostrand des Dekanatsbezirks Selb. Ich überblicke die innere Hochfläche, die vom Hufeisen von Steinwald und Fichtelgebirge eingeschlossen ist. Keine Region in Bayern hat Deindustrialisierung, Abwanderung und demografischen Wandel so heftig ertragen. Auch von den Austrittswellen ist sie betroffen. In dieser Region mussten in den letzten 15 Jahren tiefe Einschnitte in der kirchlichen Struktur angegangen werden.

Ich schaue über die Kleinstadt Selb auf die Weiler und Dörfer, in denen Kirche weiterhin lebendig ist. Kirche verändert sich, wird kleiner und bescheidener. Ich bin zuversichtlich, dass Kirche auch weiterhin lebendig bleibt.

Was mir aber Sorgen macht, sind die derzeitigen Entwicklungen in der kirchlichen Landschaft, bei Leitungsorganen, Hauptamtlichen, in Ämtern und Einrichtungen.

A) **Drei Beobachtungen** möchte ich teilen:

1. Die Kommunikation wird kanalisiert oder gestoppt: Im Kirchengemeindeamt gibt es mittlerweile festgelegte Zeiten, in denen die Chance besteht, Mitarbeitende ans Telefon zu bekommen. Bei der Abwesenheitsnotiz ist gelegentlich zu lesen, dass in der Urlaubszeit eingehende Mails nicht bearbeitet werden. Briefe von Kirchenvorständen und Leitungsgremien werden von der Kirchenleitung hin und wieder überhaupt nicht beantwortet.

2. Auf der anderen Seite höre ich zunehmendes Zetern. Ja, wir haben schon früher beim späten Bier ironische Bemerkungen über diese oder jene Stelle in kirchlichen Ämtern gemacht. Aber ich nehme wahr, dass das Klagen und Schimpfen gehässiger und feindseliger wird. Der Kirche und insbesondere der Kirchenleitung mit ihren Ämtern und



Peripherie: Blick vom Wartberg bei Selb



Die Zentrale: Neubau des Landeskirchenamtes

den landesweiten Einrichtungen droht in meinen Augen ein dramatischer Loyalitätsverlust.

3. Dann erlebe ich häufig hektischen Aktivismus. Möglichst schnell sollen kirchliche Strukturen zusammengefasst werden. Möglichst schnell soll die Zahl der Gebietskörperschaften sinken. Möglichst schnell müssen alle Vorlagen abgearbeitet werden, am besten mit der Drei-Farben-Ampel-Logik. Es entsteht ein eigenartiger Zeitdruck auf Kosten der Präzision.

Vermutlich können die Lesenden hier weitere eigene Beobachtungen ergänzen. Mit „Kirche in der Problemtrance“ würde ich die Phänomene einordnen, die ich aus meinem begrenzten Blickwinkel im hohen Nordosten wahrnehme. Wie kommt es dazu?

B) Ich versuche es mit **drei Hypothesen:**

1. Weiterhin dominiert ein technokratisches Denken, das von einem linearen Wirkungszusammenhang ausgeht. Es gibt zwar viele Menschen in unserer Kirche, die systemische Zertifikate haben. Sie kennen die Werkzeuge. Sie benutzen diese, um damit feste selbstgesetzte Ziele anzusteuern. Der Psychotherapeut

Gunther Schmidt spricht in seinen Vorträgen gerne von „Tooligans“.

Wer systemisch-konstruktivistisch zu denken versucht, der wird eine andere Haltung einnehmen: „Es gibt ganz vielfältige Sichten auf die Wirklichkeit.“ „Es könnte auch ganz anders sein.“ „Meine Wahrnehmung ist meine ‚Wahrgebung‘.“ (G. Schmidt). „Ursache und Wirkung sind meine Setzungen in verwobenen Regelkreisen.“ „Wir navigieren beim Driften.“ (F.B.Simon, G.Weber) „Interventionen funktionieren nicht zielgenau – es sei denn, ich setze aufs Zer- und Verstören.“ Viele Interventionen, die ich gerade erlebe, wirken bestenfalls als Verstörungen¹.

2. Unsere Kirche ist von ihrer Herkunft aus dem obrigkeitsstaatlichen Kirchenregiment her bürokratisch geprägt. In der funktionalen Ausdifferenzierung der letzten Jahrzehnte wurde der Verwaltungsapparat ausgebaut, nicht zuletzt auch durch eine Verfestigung und Erweiterung der Hierarchieebenen (Verwaltungsverbände). Viele Verfahren wurden sehr komplex, da viele Stellen zu beteiligen sind (Bauverordnungen). Manchmal gab es Ansätze zur Strukturveränderung, die sich am Wirtschaftsleben orientier-

ten (München-Programm). Dabei gibt es seit Langem Organisationsentwürfe, die sich an „Non-Profit-Organisationen“ orientieren, die nicht auf Verwaltungsstruktur oder Angebot-Nachfrage-Muster setzen. Sie gehen von einer Anreiz-Beteiligung-Beziehung zur Umwelt aus oder halten schlanke Hierarchien für zukunftsfähiger (Integrale Organisation, agile Organisation)².

3. Unsere Kirche hat auf ihre Weise Teil an der Tendenz des Kapitalismus, immer neue Bereiche der Lebenswelt unter sein Beschleunigungs- und Ausbeutungsregime zu bringen. Die Art und Weise der Digitalisierung ist dafür ein Beispiel. Mit Windows 365 hat sich unsere Kirche dem Programm-Anbieter Microsoft ausgeliefert³. Beim hochempfindlichen Bereich der Personalakten wird die Digitalisierung intensiv vorangetrieben. Dahinter ahne ich die Vorstellung: Mit Kompetenz-Profilen der Mitarbeitenden könnte man zu einem treffsicheren Matching mit den jeweiligen Stellen-Herausforderungen kommen. Rührend naiv, denn jede Person mit Erfahrung in der Personalverantwortung weiß: Kompetenzprofile entwickeln und ändern sich in den Arbeitsfeldern, manchmal positiv überraschend für die Beobachtenden, manchmal enttäuschend. Auch die Anforderungen, gerade in Arbeitsbereichen mit vielen Menschen, ändern und entwickeln sich durch die Personen, die dort wirken. Auch hier beobachten wir „verwobene Regelkreise“. Vermutlich gibt es noch eine ganze Reihe diskussionswürdiger Hypothesen, die die derzeitige Misere verstehen helfen.

Dabei gilt, alle Perspektiven und auch Erklärungsversuche sind begrenzt.

C) Aus meiner begrenzten Sicht aus der Peripherie der Peripherie unserer Landeskirche taste ich nach **Perspektiven**. Könnten meine drei Lösungsideen hilfreich sein?

1. Kristian Fechtner spürt in seinem neusten Buch den milden Formen der Religiosität – unterhalb der Suchraster von Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen – nach⁴. Er stößt dabei auf zarte Pflanzen der Spiritualität, die eher „Pflege“ als „Aufbauen“ brauchen. Könnte es sein, dass die notwendigen Strukturveränderungen in einer kleiner werdenden Kirche ganz ähnlich eher „Pflege und Hege“ brauchen als „Aufbau“ und „Entwicklung“?

Zum Pflegen gehört selbstverständlich auch Ausschneiden, Jäten und Umgraben. Wenn die Kraft für die große Fläche fehlt, dann wird wohl die Blühwiese wachsen und der bewirtschaftete Garten wird kleiner.

2. In Diskussionen um Strukturveränderungen höre ich immer wieder das Argument: Wir müssen für die nächsten zehn Jahre planen! Müssen wir das tatsächlich für so einen langen Zeitraum? Ist es nicht so, dass im „überkomplexen“ Gelände, in dem sich unsere Kirche befindet, eher „Fahren auf Sicht“ angebracht ist: kleine Schritte machen, die Ergebnisse überprüfen, gegebenenfalls korrigieren und dann mit dem nächsten Schritt weitergehen?

3. Geprägt durch die Herkunft aus der patriarchalen Hierarchie gibt es das feste Muster, dass Kirche eine „Komm“-Veranstaltung ist. Das zieht sich bis zum „strategischen Hauptsatz“ des PUK-Prozesses durch. Da geht es um den „Zugang“ der Menschen zur Liebe Gottes. Sie müssen also kommen und diesen Zugang suchen. Kirche erscheint als die Hüterin des Zugangs zur Liebe Gottes, die ihn leicht oder schwer macht (Es erinnert an das Modell der spätmittelalterlichen katholischen Kirche, die den Heilsschatz der überpflichtigen Werke der Heiligen vergibt.) Hartmut Rosa dagegen schreibt vom Strömen der sozialen Energie, die zwischenmenschlichen Zusammenhalt formt. Sie ist kein knappes Gut, sondern vermehrt sich im Prozess⁵.

Ist es mit der „Dynamis“ des Evangeliums nicht ähnlich: Sie strömt, vermehrt sich und im besten Fall bahnen wir, die in der Kirche Verantwortung tragen, die Wege und dürfen Brücken bauen!

Ich würde mich freuen, noch mehr Lösungsideen zu hören und zu sammeln, dabei gerne auch solche, die meine begrenzte Sicht korrigieren.

Vom Wartberg aus werde ich nach einer Abfahrt abbiegen Richtung Böhmen. Ich fahre dann eine Runde durch das Ascher Ländchen. Dort begegne ich den alten evangelischen Kirchen der Gemeinde der Böhmisches Brüder Asch-Cheb, einer Kirche in harter Diaspora, die mit ihren Mitteln den Glauben lebt. Ich ahne, wie komfortabel unsere Situation diesseits der Grenze doch ist und wie viele Chancen wir haben.

Anmerkungen (Ich verzichte auf Seitenangaben, da ich meinen „Zwischenruf“ nicht als wissenschaftliche Arbeit verstehe):

¹ G. Schmidt, Liebesaffären zwischen Problem und Lösung, Hypnosystemisches Arbeiten in schwierigen Kontexten, Heidelberg 2015, 2. Auflage; F. B. Simon u. G. Weber, Vom Navigieren beim Driften, „Post aus der Werkstatt der systemischen Therapie“ Heidelberg 2006, 2. Auflage

² P. Schwarz, R. Purtschert, Ch. Giroud, Das Freiburger Management-Modell für Nonprofit-Organisationskationen, Bern, Stuttgart, Wien, 1995, 2. Auflage; F. Laloux, Reinventing Organizations, Ein Leitfadung zur Gestaltung sinnstiftender Formen der Zusammenarbeit, München 2015; Jörg Preußig, Agiles Projektmanagement, Freiburg 2018, 2. Auflage;

³ J. Jürgens, Deutschlands Antwort auf Microsoft, Die Zeit, 19.4.2024; S 19f,

⁴ Kristian Fechtner, Mild religiös, Erkundungen spätmoderner Frömmigkeit, Stuttgart 2023

⁵ H. Rosa, Soziale Energie: „Diese Kraft zu verstehen, ist überlebenswichtig für uns alle“, <https://www.uni-erfurt.de/forschung/aktuelles/forschungsblog-wortmelder/soziale-energie-diese-kraft-zu-verstehen-ist-ueberlebenswichtig-fuer-uns-alle>

Volker Pröbstl,
Pfarrer und Dekan in Selb

Generation Z

Der Nachwuchs tickt anders

Die Soziologen haben sich angewöhnt, eine Generation, also 10 bis 15 Jahrgänge, als „Generation“ zu bezeichnen und mit einem Buchstaben aus dem Alphabet zu numerieren.

So gab es die „Generation X“, die inzwischen in der Familiengründungsphase ist und/oder ihre Karriere beginnt, und jetzt eben die „Generation Z“. Das sind die etwa 1995-2005 geborenen Menschen. Sie treten gerade ins Berufsleben ein.

Es ist die erste Handy-Generation. Nahezu alles wickelt sie über Smartphone ab. Das ermöglicht und erwartet sofortiges Feedback und eine hohe „Kommunikationsdichte“. Zuweilen geht dies auf Kosten der Kommunikationsqualität.

Wichtig sind der „GenZ“ Freunde, Lebensgenuss und Spaß, Erlebnisse, Neues und Spannung. Weniger wichtig dagegen sind ihnen im Vergleich zu anderen Generationen Familie, Partnerschaft und Kinder, Natur und soziale Gerechtigkeit.

Sie sind zahlenmäßig deutlich weniger als die Generation der Babyboomer, die gerade in Rente geht. Das bedeutet, dass die Generation Z gerade von allen Arbeitgebern sehr umworben wird. Der viel beschworene Fachkräftemangel hat hier seine Hauptursache.

Die GenZ kann sich also, vor allem wenn sie gut qualifiziert ist, ihre Arbeitsplätze aussuchen, und Arbeitgeber tun gut daran, ihren Wünschen entgegenzukommen.

Das sind nach dem Jugendforscher Simon Schnetzer: Anerkennung, Lob, Spaß, Sinn-

erfüllung, Sicherheit in Krisen, Entwicklungsmöglichkeiten, Work-Life-Balance, Achtung von Grenzen, aber durchaus auch gesellschaftliche Verantwortung.

Was kommt nach der GenZ? Generation Alpha – die nach 2010 Geborenen. Einschneidend für sie sind die Corona-Krise und die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten. Die Umweltkatastrophe wird immer spürbarer, was sie teilweise zu Aktivisten macht wie Fridays for Future oder die „Letzte Generation“, was sie aber auch teilweise bewusst verdrängen („Mein Auto fährt auch ohne Wald“). Auch die Kirche ist auf Nachwuchs angewiesen, und mit dem sieht es eher düster aus.

Die Zahl der jungen Menschen, die im Wintersemester 2023 in Bayern mit dem Theologiestudium begonnen haben, soll man an zwei Händen abzählen können. Sie werden anspruchsvoller sein: 60-Stunden-Wochen und ein „Sendungsprinzip“, wonach jede und jeder dort arbeiten muss, wo es die Kirchenleitung für nötig hält, wird diese Generation nicht locken. Es muss mehr Raum sein für persönliche Entfaltung, vielleicht auch für einen Zweitberuf, gerne auch als Selbstständiger.

Beide, die Generationen Z und Alpha, wissen, dass es nicht sinnvoll ist, auf die Rente zu warten, um sich Lebenswünsche zu erfüllen. Was 2070 oder später sein wird, ist höchst ungewiss. Wie es ein Kirchentagsmotto sagte: „Jetzt ist die Zeit!“

HG Koch

Enorme Lasten geerbt

Generation Z: Eine persönliche Stellungnahme

Vorweg: Über eine ganze Generation zu schreiben, führt zwangsläufig zu Vereinfachungen und Verallgemeinerungen, die den Individuen nicht gerecht werden und die Vielfalt der Menschen nicht einmal ansatzweise abbilden können.

Als Mitglieder der sog. Generation Z ist es uns jedoch möglich, eine persönliche Stellungnahme aus der Perspektive dreier Zler abzugeben:

9/11, Finanz-, Euro- und Wirtschaftskrise 2008-2012, Annexion der Krim 2014, Trump und Brexit 2016, Coronapandemie 2020-2023, völkerrechtswidriger Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 ...

Diese Zeit der „Permakrise“ betraf und betrifft selbstverständlich alle Generationen. Wir von der Generation Z haben sie allerdings als Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene durchleben müssen.



Fee, Marie und Paul Kleineidam, die AutorInnen dieses Beitrags, gehören der Generation Z an (siehe Seite 29). Die Zoomer werden gerne Digital Natives genannt. Familie, Freunde, Partner und die Work-Life-Balance genießen hohe Wertschätzung, heißt es. Stimmt das? Hier kommen sie selber zu Wort.

In diesen verwundbarsten Jahren des Heranwachsens sowie der kognitiven und moralischen Entwicklung eines Menschen können solche Ereignisse nicht spurlos an einem vorbei gehen, oder? Zumal unserer Generation mit dem G8 auch noch ein Jahr weniger Zeit für unsere Schulbildung gelassen wurde.

Von unserer Großeltern- und Eltern- generation haben wir ein enormes Vermögen geerbt: Frieden, Freiheit, die Sicherheit der NATO, ein geeintes Deutschland (BRD),

einen Rechtsstaat, ein geeintes Europa (EU), Demokratie, Gleichberechtigung der Geschlechter und materiellen Wohlstand. Es ist nun unsere Verantwortung, diesem Erbe gerecht zu werden, es zu bewahren und zu erweitern. Das wird von uns erwartet. Das liegt in unserem Interesse.

Gleichzeitig haben wir jedoch auch

enorme Lasten geerbt: Klimawandel, Alterung der deutschen Gesellschaft (demografischer Wandel), Zerfall des staatlichen Rentensystems, Flüchtlingsströme, Fachkräftemangel, Erstarren des Links- und Rechtspopulismus, Überflutung von Küstenregionen, Staatsschulden, ein Krieg in Europa und das Wachstum der Weltbevölkerung. Dieses Erbe wird den Handlungsspielraum unserer und künftiger Generationen massiv einschränken.

Zudem wurden wir in eine Zeit hineingeboren, in welcher der technologische Fortschritt von Jahr zu Jahr immer schneller voranschreitet: Game Boys – Handys – Laptops – Online-Shopping – iPods – Smartphones – Spielkonsolen – Social Media – Influencer – Streaming-Dienste – Künstliche Intelligenz (KI) – ChatGPT – KI-Stimmen-Generatoren – KI-Kunst – Fake News – autonome Waffensysteme ...



Es mag seine Vorteile haben, mit diesen technischen Neuerungen aufzuwachsen, aber auch das kann nicht spurlos an einer Generation vorbeigehen, oder?

Was wir in der Generation Z wollen?
Wahrscheinlich das, was sich die meisten

Menschen in jeder Generation wünschen, oder? Ein Leben in Frieden und Freiheit, Gesundheit, materiellen Wohlstand, einen erfüllenden Job und eine glückliche Familie.

Sind die Generationen denn da so verschieden? Wir sind auch nur Menschen. Aber unsere Ausgangsvoraussetzungen sind heute eben ganz andere als diejenigen, die unsere Eltern und Großeltern zu ihrer Zeit vorgefunden haben.

Religion verliert an Bedeutung. Wissenschaft gewinnt an Bedeutung. Technologie gewinnt an Bedeutung. Materielle Wohlstand gewinnt (noch mehr) an Bedeutung. Umwelt- und Klimaschutz gewinnen an Bedeutung. Gesundheit gewinnt (noch mehr) an Bedeutung. Die EU, unsere Demokratie und ihr Schutz gewinnen an Bedeutung. Militärische Abschreckung sowie Verteidigungs- und Kriegstüchtigkeit gewinnen (wieder) an Bedeutung.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Nicht alle in der Generation Z sind sich des Ausmaßes dieser Herausforderungen bewusst; wieder andere sind ihnen nicht gewachsen; und manche wollen sie einfach nicht wahrnehmen.

Diese Herausforderungen können wir in der Generation Z nicht alleine bewältigen. Dafür brauchen wir Hilfe. Dafür brauchen wir Verständnis. Dafür brauchen wir alle Generationen.

Zurück zur Männerkirche?

Mit einer plakativen Aktion wirbt eine Gruppe kirchlicher Mitarbeiterinnen für mehr Gleichberechtigung in der Kirchenleitung

Manchmal gibt es diesen einen Moment, der viel verändert. Der dir die Augen öffnet dafür, wie die Welt wirklich ist. Auch, wenn du irgendwie in der Illusion lebst, es sei anders. Ich zum Beispiel war lange davon überzeugt, dass die Kämpfe um Gleichberechtigung und Gleichstellung von uns Frauen ausgefochten seien. Je länger ich in der Kirche arbeite, desto mehr merke ich: Wir sind noch weit entfernt vom Ziel. Allerdings dachte ich bis vor wenigen Wochen, wir alle hätten wenigstens dieses Ziel. Jetzt weiß ich: Viele nehmen die Ungleichheit nicht nur hin, sie wollen sie auch. Macht klammert sich an Macht.

Mein verändernder Moment war Ende Januar. Da schrieb Pfarrerin Susanne Spinnler (Kirchrüsselbach) eine E-Mail an einige Kolleginnen: „Am 1. März ‘feiern’ wir 10-jähriges Jubiläum einer Berufung einer Frau in den Landeskirchenrat... Seitdem sind 9 (!) Berufungen ausgesprochen worden [...] – alle sind männlich besetzt worden... Mehr Worte braucht es da eigentlich nicht... [...] Fakt ist: Ich möchte gerne etwas tun und dieses unsägliche Datum nicht einfach so durchlaufen lassen... Ich kenne so viele tolle, begabte, leistungsfähige Frauen in der Kirche... Wir müssen uns zeigen – und vor allem gemeinsam zeigen.“

Und damit kam der Stein ins Rollen. Erst

waren wir 5, dann 6, dann 13 Frauen. Pfarrerrinnen, Diakoninnen, Kulturwissenschaftlerin. Viele von uns kannten sich vorab nicht. Auf E-Mails antworteten Verbündete, ein Netzwerk entstand. Und es wächst weiter. So viele Frauen und einige Männer wollen aktiv ändern, was immer schon so war. Das gibt Kraft



Pfarrerin Tia Pelz

und Mut! So viele Männer und einige Frauen halten an der Macht fest. Reagieren mit Angst und Aggression, What-aboutism und Schweigen. Das ist seit alters das Privileg der Macht, die Geheimwaffe des Status quo.

Am 1. März 2024 war es so weit. Wir übergaben eine „Countdown-Box“ mit

Zahlenschloss an den bayerischen Landesbischof Christian Kopp und die Nürnberger Regionalbischöfin Elisabeth Hann van Weyhern. Diese dürfe erst geöffnet werden, sobald der Landeskirchenrat paritätisch mit Frauen und Männern besetzt ist. Die Amtszeit der drei Regionalbischöfinnen von Bayreuth, Ansbach und Nürnberg endet in nächster Zeit. Wenn also nicht gezielt Frauen nachberufen werden, geht der Frauenanteil schnell gegen null. Auf Dekanatsbene sind 28 Prozent der Leitungspersonen weiblich – im Vergleich zu 16 Prozent im Jahr 2013. Auch da ist Luft nach oben.

Synodalpräsidentin Annekathrin Preidel betonte gegenüber epd, dass im Berufungsausschuss „alle die gleichen Chancen“ hätten. Das Gremium lege großen Wert auf eine geschlechtergerechte Besetzung der Leitungspositionen im Landeskirchenrat. Ausschlaggebend sei dabei die Qualifikation: „Wir brauchen in diesen Zeiten die Besten“, sagte Preidel. Wir sagen: Das stimmt. Wenn wir davon ausgehen, dass Fähigkeiten in den Geschlechtergruppen gleich verteilt sind – dass es sowohl unter Männern als auch unter Frauen starke Führungspersonen gibt, dann ist es wichtig, Chancengleichheit herzustellen. Das ist eine einfache Matheaufgabe. In Zeiten, in denen wir die Besten brauchen, können wir es uns nicht leisten, dass zu viele der besten Frauen in Führungspositionen fehlen. Das bloße „Wollen“ der letzten Jahre hat nicht genug Erfolg gebracht. Jetzt brauchen wir strukturelle Veränderung und ein klar formuliertes kirchenpolitisches Ziel. Das bedeutet Gremien- und Lobby-

arbeit auf allen Leitungsebenen der ELKB. Dafür brauchen wir viele, die sich engagieren!

Theoretisch ist es sogar möglich, eine fast paritätische Besetzung im Landeskirchenrat in – nach kirchlichen Maßstäben – relativ kurzer Zeit zu erreichen: Fünf Stellen werden sukzessive bis Ende 2027 durch Amtszeitende oder Ruhestandseintritt frei. Wir lassen uns gern positiv überraschen. Und werden vorsichtshalber weiterkämpfen. Als Nächstes überreichen wir Frau Dr. Preidel einen offenen Brief mit über 500 Unterschriften von größtenteils bayrischen, kirchlichen Mitarbeitenden in Haupt- und Ehrenamt. Der Stein rollt wieder. Das „alte“ Thema Gleichberechtigung geht in eine neue Generation. Mit großem Dank an die unzähligen Frauen, die vor uns gekämpft haben. Wir stehen auf euren Schultern!

*Pfarrerin Tia Pelz,
Melanchthongemeinde Nürnberg
Ziegelstein*

Der AEE sucht einen **Geschäftsführer m/w/d**

Gesucht wird jemand, der mit Geld umgehen kann und bereit ist, diese Fähigkeit für unseren Verein einzusetzen!

Denn: Unsere Geschäftsführerin Beate Rabenstein will sich nach ihrem wohlverdienten Ruhestand und Rückzug aus dem Berufsleben auch hinsichtlich ihres ehrenamtlichen Engagements zur Ruhe setzen.

Ein:e Nachfolger:in würde als erste:r Ansprechpartner:in für E-Mail-Kontakte fungieren und unseren Newsletter per E-Mail versenden. Die Person würde die Mitgliederliste führen und Mitgliedsbeiträge einziehen und überprüfen. Sie ist Mitglied im Leitenden Team des AEE und hilft bei der Organisation von Veranstaltungen unseres Vereins.

Kennen Sie vielleicht jemanden, der jemanden kennt...? Oder wären Sie womöglich bereit, das Amt selbst zu übernehmen? Dann wenden Sie sich bitte entweder an Beate Rabenstein oder ein anderes Mitglied des LT.

Wir hoffen auf Ihr Engagement!

Johannes Herold

Regionalgruppe Nürnberg

Am 9. November 2024, passend zur Ökumenischen Friedensdekade 2024, findet im eckstein in Nürnberg von 9.30 - 16 Uhr der Studientag Frieden unter dem Titel „Entfeindet euch!“ statt.

Der AEE ist neben der Stadtakademie, kokon, dem Aktionskreis Frieden und anderen Friedensgruppen Mitveranstalter. Neben dem Hauptreferenten Stefan Seidel (vgl. dessen gleichnamiges Buch) kommen in Workshops am Nachmittag konkrete Entfeindungsprojekte zu Wort.

Anmeldung bitte an
Stadtakademie.nuernberg@elkb.de

ae – anders.evangelisch. engagiert

So soll der neue Gesprächskreis heißen, den einige Menschen aus der Region Nürnberg-Fürth im Herbst starten wollen.

Gemeinsam ist ihnen, dass ihnen der derzeitige „Rechtsruck“ in Politik (und auch in der Kirche?) zu schaffen macht. Sie wollen gemeinsam gegensteuern.

Nach einer Umfrage bei Interessierten sollen bei einem Treffen im Herbst 2024 „Nägel mit Köpfen“ gemacht werden.

Interessenten melden sich bitte bei
Susanne Leutsch
susanneleutsch@t-online.de

Wir versenden b+k an alle Mitglieder und Interessierten, deren E-Mail-Adresse wir haben, **per Mail**. Wenn Sie nicht sicher sind, ob wir Ihre (richtige) E-Mail-Adresse haben, bitten wir um eine Mail an Beate Rabenstein unter f-b-rabenstein@gmx.de

Wenn Sie b+k **weiterhin und kostenlos als Print-Ausgabe** bekommen möchten: kein Problem! Es genügt eine Nachricht an Frau Rabenstein, *Tel: 0911-7807204*, oder per Post an: *AEE-Geschäftsstelle, Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth*.

Wenn Sie eine größere Zahl von b+k-Heften zur Verteilung möchten, sagen Sie bitte Bescheid, wie viele und wo Sie sie verteilen. Wir werden dann die Auflage entsprechend anpassen.

Danke für Ihr Mittun!

Ihre Redaktion

Der AEE ist auch auf Facebook



www.facebook.com/AEEbayern

Impressum

B+K

Berichte und Kommentare

Das Magazin des Arbeitskreises Evangelische Erneuerung (AEE).
Erscheinungsweise: halbjährlich
Herausgeber: Johannes Herold,
Sprecher des AEE

Redaktion:

Gerhard Monninger (gm),
Martin Kleineidam (mk),
Dr. Hans-Gerhard Koch (HG),
Lutz Taubert (lt)

Druck: DCT GmbH-Druckerei
und Copyshop in Coburg,

Der AEE ist eine innerkirchliche
Richtungsgruppe im Raum der
Evang.-Luth. Kirche in Bayern

AEE-Geschäftsstelle:
Beate Rabenstein
Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth

AEE im Internet:
<http://www.aee-online.de>

Namen und Adressen

Leitendes Team

Johannes Herold, Sprecher,

Gemeindepfarrer, Selb, 09287-60554

Johannes.Herold@elkb.de / aee-bayern@elkb.de

Franzi Maisel,

Erzieherin, Bayreuth, 015115657639

franzimaisel24@gmail.com

Beate Rabenstein, Geschäftsführerin,

Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth, 0911-7807204

f-b-rabenstein@gmx.de

Brigitte Wellhöfer,

Krankenschwester i. R., Nürnberg, 0911-532279,

brig.wellhoefer@nefkom.net

Elke Zimmermann,

Journalistin, München, 089-3596590

elke_zimmermann@hotmail.com

Regionalgruppe Nürnberg

Dr. Hans-Gerhard Koch, Pfarrer i. R.,

Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth,

hagekoch@kabelmail.de und

Christa Salinas, Nürnberg, salitaute@t-online.de

Etwas Besseres als den Tod findest du überall:

Komm mit, wir geh'n nach Bremen

Sie erinnern sich: Das sagen im Märchen von den Bremer Stadtmusikanten die Tiere, die der Bauer als nutzlose Esser abschaffen wollte.

Ganz so gefährlich geht es nicht zu, wenn ein bayerischer Vikar mit zweitem Examen eine Stelle als Pfarrer zur Anstellung sucht. Aber so ganz einfach ist es auch nicht. Zwar hat besagter Vikar seine Anstellungsprüfung sehr gut bestanden, hat außerdem auch kirchenmusikalische Talente und kam in seiner Vikariats-Gemeinde sehr gut an. Aber, großes Manko: Der Mann hat keinen Führerschein. Den sollte er schnellstens nachholen, sonst könne ihn die ELKB leider nicht gebrauchen.

Nun war das in seinen drei Jahren Vikariat in einer mittelgroßen Stadt kein Problem gewesen. Mit Rad und Öffentlichen kam er überallhin, wo er hin musste: Besuche, Schule, Pfarrkonferenzen, Predigerseminar und so weiter. Auch meinte er grundsätzlich, im Zuge des Klimaschutzes sollte der Individualverkehr deutlich zurückgefahren werden. Das meint ja eigentlich das eben von der Landessynode beschlossene Klimaschutzgesetz der ELKB in diesem Heft.

Auch privat ist der Theologe bisher ohne Auto gut zurechtgekommen – es gab immer eine Möglichkeit, von A nach B zu kommen, von ausgedehnten Landgemeinden ohne nennenswerten ÖPNV mal abgesehen. Dort wollte er ja auch nicht arbeiten.

Der Mann sah sich um, wo er denn ohne Führerschein als Pfarrer noch arbeiten könne, und siehe da, die bremische Landeskirche nahm ihn mit Handkuss. Er ist jetzt „Pastor“, ohne „zur Anstellung“, und er kommt in seinem neuen Dienst problemlos überallhin. Leider ist er aber damit für die ELKB verloren, die ja andererseits über Nachwuchs-Sorgen klagt.

Eine solche Personalpolitik, wenn sie denn wirklich so gewollt und praktiziert wurde, verstehe, wer will. Es könnte doch sein, dass die jüngste Generation von Theologinnen und Theologen andere Prioritäten setzt als die Generation, die jetzt in großer Zahl in den Ruhestand geht. Die „Generation Z“ – siehe Seite 29ff – denkt, nicht nur in der Kirche, sondern in der ganzen Arbeitswelt, deutlich anders. Sie möchte mit ihren individuellen Bedürfnissen und Gaben ernst genommen und nicht zu irgendeinem „Dienst“ verdonnert werden. Wenn ein Arbeitgeber das nicht einsieht, wird er postwendend über „Fachkräftemangel“ klagen. Zu Recht?

Theologisch könnte man fragen, ob der Führerschein neuerdings als Anstellungsvoraussetzung den gleichen Rang einnimmt wie die Erklärung zu Schrift und Bekenntnis. Und ob ein Theologe ohne Führerschein für die ELKB wirklich nutzlos ist.

Die Bremer Stadtmusikanten haben sich nicht damit abgefunden, nutzlose Esser zu sein. Sie machten sich einfach auf den Weg nach Bremen. Wie unser bayerischer Vikar. Schade.

HG Koch